

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.12 - 58. Jahrgang

7. Juni 2008

Thema der Woche:

Klima schützen, Energie sparen

Die Planungen für den Neu- bzw. Ersatzbau des Kraftwerkes Klingenberg im Bezirk Lichtenberg gehen eindeutig in die falsche Richtung und müssen aus Sicht der SPD-Fraktion grundlegend überarbeitet werden. Das gilt insbesondere für



Daniel Buchholz ist
umweltpolitischer
Sprecher der SPD-
Fraktion.

die Größe der Anlage und den geplanten Brennstoff Steinkohle. Die ambitionierten Ziele zur CO₂-Reduzierung dürfen durch ein neues Kraftwerk nicht gefährdet werden, erneuerbare Energien sollen Vorrang haben.

Um den Bedarf an Strom und Wärme in Berlin zu senken, sind alle Potenziale zur Einsparung und effizienten Nutzung von Energie bei den Privathaushalten, den Unternehmen sowie der Öffentlichen Hand konsequent auszuschöpfen. Für die bedarfsorientierte Versorgung der Berlinerinnen und Berliner mit Wärmeenergie sind dezentrale Lösungen mit Kraft-Wärme-Kopplung der richtige Weg. Neuen Anbietern ist ein diskriminierungsfreier Zugang zum Fernwärmenetz zu ermöglichen. Das gilt insbesondere für Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen.

Der drohende Klimawandel fordert aktives Handeln. Die große Herausforderung besteht darin, das Klima wirksam zu schützen und gleichzeitig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu ermöglichen. Dieser Verantwortung stellt sich Berlin. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die rot-rote Koalition ein umfassendes Antragspaket in das Abgeordnetenhaus eingebracht. Der Senat und die landeseigenen Unternehmen sind jetzt gefordert, die Beschlüsse tatkräftig umzusetzen. **Daniel Buchholz** □

SPD-Zukunftskonvent:

„Für Zusammenhalt sorgen“

SPD-Mitglieder diskutierten in Nürnberg

Die SPD sei in keiner leichten Situation, räumte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck auf dem Zukunftskonvent der Partei in Nürnberg ein. Aber: "Wir haben die Kraft, aus dieser Situation heraus erfolgreich zu werden. Es liegt an uns."

Rund 4000 SPD-Mitglieder waren nach Nürnberg gekommen, darunter auch etliche aus Berlin. Sie hörten einen kämpferischen Kurt Beck, der deutlich machte: „Die SPD ist die einzige Kraft in Deutschland, die entschlossen sei, den sozialen Aufstieg für alle zu ermöglichen und die auseinanderstrebenden Kräfte der Gesellschaft zusammen zu führen.“

Die SPD hält, auch im Interesse künftiger Generationen, am Ziel eines Haushalts ohne neue Schulden fest, so Beck. „2011 wollen wir eine schwarze Null.“ Anschließend möchte die SPD dazu übergehen, die überproportionale Abgabenlast auf geringe Einkommen zu senken. Zugleich müsse mehr in die Zukunft investiert werden - für Bildung, Forschung und Familien.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus



Deutschland-Dialog der SPD in Nürnberg:
Schatzmeisterin Barbara Hendricks und Klaus
Wowereit diskutierten mit Neumitgliedern.

Foto: Paeche

Wowereit diskutierte auf dem Zukunftskonvent mit zahlreichen Neumitgliedern. Für sie hat die sozialdemokratische Idee auch weiter Anziehungskraft - bundesweit gibt es monatlich derzeit 1500 Neueintritte. Ihnen machte Klaus Wowereit Mut, sich durchzusetzen und mit ihren Ideen und Projekten in die Partei einzubringen. Davon würden alle profitieren. **BS** □

➔ mehr Seite 2 und 5

Datenschutz:

„Das Ausspionieren stoppen“

SPD: Unternehmen müssen Persönlichkeitsrechte beachten

In einer Reaktion auf die Überwachungsfälle bei Lidl und der Telekom forderte das SPD-Präsidium jetzt "wirksame Datenschutzbestimmungen, die die Einhaltung der Persönlichkeitsrechte garantieren."

Firmen dürfe nicht erlaubt sein, alle technischen Möglichkeiten dazu zu benutzen, das Verhalten ihrer Mitarbeiter oder ihrer Kunden auszuspionieren. Das Datenschutzrecht bedürfe einer "Überprüfung, Überarbeitung und Fortentwicklung", sagte Hubertus Heil. Er begrüßte es, dass sich das Bundesinnenministerium mit dem Thema beschäftige. Wert legte er auch auf mehr Schutz von Informanten, die Miss-

stände aufdecken. Ein entsprechendes Vorhaben der Koalition sei bislang aus der Uni-

IN DIESER AUSGABE

ETHIK OHNE ALTERNATIVE
LANDESPARTEITAG DER SPD
SPD VOR 50 JAHREN

SEITE 3
SEITE 7
SEITE 12

on blockiert worden. Hier erhoffe er sich nun Bewegung. "Unternehmen haben die Pflicht, Persönlichkeitsrechte und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu respektieren und in ihrer Unternehmenspolitik anzuwenden", heißt es in dem Präsidiumsbeschluss. **BS** □

Radio MultiKulti:

„Abschalten wäre falsches Signal“

SPD-Fraktion: Finanzausgleich zwischen ARD-Sendern verändern

Für den Erhalt des rbb-Senders Radio MultiKulti setzt sich die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses ein.

In einer Entschließung, die gemeinsam mit der Linkspartei in der Abgeordnetenhausung am 29. Mai eingebracht wurde, heißt es: "Radio Multikulti verkörpert mit seinem vielseitigen sprachlichen und hochwertigen Angebot die Vielfalt der Weltstadt Berlin und stärkt den Zusammenhalt aller Menschen. Es hat sich als nicht mehr wegzudenkender Integrations- und Kulturfaktor im Hörfunkangebot des RBB etabliert. Dieses Angebot muss erhalten bleiben, seine Abwicklung wäre ein falsches Signal."

Vor diesem Hintergrund fordern die beiden Fraktionen den Senat nachdrücklich auf, sich für eine Veränderung des Gebührenverteilungssystems innerhalb der ARD mit Wirkung von 2009 an einzusetzen, da trotz weitreichender Sparanstren-



Unterstützung für Radio MultiKulti: Ülker Radziwill mit Senderchefin Ilona Marenbach. Die AG Migration hatte sich gemeinsam mit den Jusos beim rbb-Straßenfest für den Erhalt des Senders engagiert. Foto: SPD

gungen nun Einschnitte in das Programmangebot des RBB unabwendbar geworden sind und dies umso mehr ein gerechtes System der Gebührenverteilung notwendig macht. **PM** □

„Für mehr Demokratie“

Gesine Schwan will Debatte um Grundwerte fördern

Eine Politik auf der „Höhe der Zeit und der Herausforderung“ erwartet die SPD-Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin, Gesine Schwan, von ihrer Partei. Dafür müsse sich die SPD an ihrem Hamburger Programm orientieren, sagte sie auf dem Zukunftskongress in Nürnberg. „Diese Zusammenkunft, die sich um unsere Zukunft dreht, steht in der Kontinuität von unserem Grundsatzprogramm.“

Zuvor hatte sich Gesine Schwan "ausdrücklich" für ihre Nominierung als Bundespräsidentenskandidatin bedankt. Sie werde das kommende Jahr bis zur Wahl nutzen, um für mehr Demokratie in der Ge-

sellschaft zu werben und eine Debatte über Grundwerte in Deutschland in Gang zu bringen.

Dabei betonte sie ausdrücklich, dass es zur Demokratie gehöre, miteinander streiten zu können: "Ich finde, dass wir uns wieder daran gewöhnen müssen, dass Politik kontrovers sein kann, ja muss." Gleichzeitig rief sie zu mehr Fairness in der politischen Auseinandersetzung auf.

Weiter mahnte Gesine Schwan an, dass Politik stärkeren Einfluss auf die Wirtschaft nehmen müsse: "Politik muss Wirtschaft gestalten - Politik darf nicht das Anhängsel der Wirtschaft sein." **BS/PM** □

➔ siehe auch Seite 5

Kampa 09 in der Planung

SPD-Wahlkampfzentrale entsteht im Willy-Brandt-Haus

Die Wahlkampfzentrale der Bundes-SPD wird zu Beginn des kommenden Jahres ihre Arbeit im Willy-Brandt-Haus aufnehmen. Die „Kampa 09“ soll die Wahlkampagne für die Europawahl im Juni und die Bundestagswahl im September entwickeln. Das beschloss das SPD-Präsidium am Montag.

Wahlkampfleiter wird Generalsekretär Hubertus Heil, zusätzlich soll es einen strategischen Koordinator geben, der berufen wird, sobald der SPD-Kanzlerkandidat feststeht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter der „Kampa 09“ werden aus wahlkampfverfahren Kolleginnen und Kollegen der SPD-Parteizentrale bestehen, zusätzlich wird es weitere befristete Einstellungen geben. Leitmotiv des Wahlkampfes, so Hubertus Heil wird das Motto "Aufstieg und Gerechtigkeit" sein, das bereits auf dem Nürnberger Zukunftskongress eine wichtige Rolle spielte. Erfahrungen ausländischer Wahlkämpfe werden in die Planung einfließen, ohne dass alles übertragbar wäre. Ein wichtiger Baustein wird der Wahlkampf im Internet sein. **BS** □

POLITIK PERSÖNLICH

Frank Nickol, Vorsitzender der Abteilung 03 - Friedrichstadt in Mitte, ist von seinen Berliner Parteiämtern zurückgetreten. Als Bundestagskandidat für den Wahlkreis 134 wird er künftig in seiner alten und neuen politischen Heimat, dem SPD-Stadtverband Bad Oeynhausen, für seine Partei kämpfen.

Stephan Richter ist in Marzahn-Hellersdorf als Nachfolger von Bernd Mahlke zum neuen Bezirksstadtrat für Immobilien, Bildung und Kultur gewählt worden.

Tino Schwanemann und Stefanie Paul aus Berlin haben den ersten Preis beim Videowettbewerb der SPD erhalten, der auf dem Zukunftskongress der SPD in Nürnberg überreicht wurde. Mit ihrem Beitrag „Für eine Handvoll Euro – Bald auch in Ihrer Nähe?“ zeigen die Filmemacher auf, welche Arbeit es zu erledigen gilt für nur 830 Euro brutto im Monat – eine Hommage an die Toilettenfrau. Im Dezember vergangenen Jahres hatte die SPD dazu aufgerufen, Filmbeiträge zum SPD-Videowettbewerb „Gute Arbeit – Film ab!“ einzusenden. In einem nicht länger als drei Minuten dauernden Video sollten Antworten zum Thema „Was heißt gute Arbeit für andere“ formuliert werden. Eine Jury aus Politik, Wirtschaft und Filmbranche hat die Gewinner ausgewählt. Das Preisgeld für den ersten Sieger beträgt 3000 Euro. Auch Platz 2 ging nach Berlin: In ihrem Film „Gute Arbeit heißt Vertrauen“ kritisiert die Autorin **Ute Pannen** die zunehmende Überwachung am Arbeitsplatz. Der Jury gehörten neben Kurt Beck, Andrea Nahles, DGB-Chef Michael Sommer und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz u.a. der Filmemacher Pepe Danquart und Dieter Wiedemann, Präsident der Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam, an. Die Filme sind im Internet auf SPDvision, dem SPD-Kanal bei youtube, unter <http://de.youtube.com/spdvision> zu sehen. □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORREkt Mailingservice Berlin

Stadterkundung mit der SPD



Insgesamt 40 Bürgerinnen und Bürger folgten dem Aufruf der SPD-Abteilungen 93 und 92 Charlottenburg-Wilmersdorf, die anlässlich des 75. Jahrestages der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen zu einem historischen Spaziergang aufgerufen hatten, bei dem u. a. ehemalige Wohnorte von Brecht und Weigel sowie Heinrich Mann in der Nähe des Fasanenplatz aufgesucht wurden. Ferner wurden Örtlichkeiten besucht, die mit Menschen des politischen, kirchlichen oder militärischen Widerstandes verbunden sind. Foto: SPD Charlottenburg

„Vielfalt und Respekt“

Landeskonzepktion gegen Rechtsextremismus beschlossen

Demokratie, Vielfalt und Respekt sind die Ziele der Landeskonzepktion gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, die der Senat am Dienstag beschlossen hat.

Die Landeskonzepktion umfasst präventive Strategien ebenso wie polizeiliche Aktivitäten zur Bekämpfung rechtsextremistischer, rassistischer und antisemitischer Straftaten. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf die Verbesserung des Opferschutzes sowie auf die sogenannte „Mobile Beratung“ gelegt. Mobile Beratung begleitet und berät Initiativen, Organisationen,

Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Einzelpersonen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren. Die Programme zur Demokratiebildung in Schule und Jugendarbeit will der Senat verstetigen. Ferner soll die Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen vor allem über Sportprojekte verstärkt werden. Über das „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus“ und das Programm „respectABel“ stellt der Senat unmittelbar rund 2,1 Mio. € jährlich für die Unterstützung der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus zur Verfügung. **BS** □

Werte-Unterricht:

SPD: Freie Wahl für beide Fächer

Christian Gaebler: Kein Änderungsbedarf beim Ethikfach - Streit um neue forsa-Umfrage

Ethikunterricht und bekennensorientierter Religionsunterricht: Die Berliner SPD möchte, dass weiterhin beides möglich ist.

„Aus unserer Sicht besteht kein Änderungsbedarf“, stellte Christian Gaebler, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion in der vergangenen Woche vor dem Abgeordnetenhaus fest. Das vor zwei Jahren eingeführte Modell habe sich bewährt, es werde von den Fachleuten positiv bewertet.

Der CDU warf Gaebler vor, beim anstehenden Volksbegehren der Initiative „Pro-Reli“ die gleiche Verschleierungstaktik anzuwenden wie beim Tempelhof-Begehren. Die Initiatoren des Volksbegehrens wollen - unterstützt von CDU und FDP - Ethik in allen Klassenstufen als Wahlpflichtfach einführen, das zugunsten von Religionsunterricht abgewählt werden kann. Der CDU-Abgeordnete Steuer, so Gaebler, habe nun erklärt, „es gäbe da Missverständnisse, es würde suggeriert, die Schülerinnen und Schüler könnten sich vom Ethikunterricht abmelden, tatsächlich ginge es aber um ein Wahlfach. Gaebler: „Was ist das für eine Dialektik? - Wenn ich ein Wahlfach habe, heißt das doch, dass ich mich für ein Fach

entscheide und dann nicht zum Unterricht des anderen Fachs gehe. Wenn ich Ethik als Pflichtfach belegt habe, heißt das, ich kann mich vom Ethikunterricht abmelden und gehe stattdessen zum Religionsunterricht.“ Die CDU versuche, den Menschen Sand in die Augen zu streuen: „Wollen Sie einen gemeinsamen Ethikunterricht? Wollen Sie einen Religionsunterricht, und wie passt das zusammen, dass das alternativ zueinander steht? Wenn - wie die Kirchen zu Recht sagen - der Ethikunterricht den Religionsunterricht nicht ersetzen kann, wie kann er dann als Wahlpflichtfach alternativ dazu stehen?“ fragte Gaebler

Wie die Stimmung gegenüber einer solchen Alternative in der Stadt ist, wollte der Humanistische Verband Deutschlands mit einer Meinungsumfrage erforschen lassen. Um unverfälschte Ergebnisse zu erhalten, verließ sich der Verband dabei auf die Beratung des Meinungsforschungsinstituts forsa, das eine ausführliche Formulierung empfahl. Auf die Frage „In Berlin sollten Schüler, die einen christlichen oder islamischen Religionsunterricht besuchen, künftig nicht mehr am Ethikunterricht teilnehmen“ antworteten 12 Prozent der Befragten mit Ja. „Nein, es sollte weiterhin einen ge-

Mahnmal:

„Gleichstellung noch nicht erreicht“

In Berlin-Mitte ist jetzt das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen durch Kulturstatsminister Bernd Neumann und den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit der Öffentlichkeit übergeben worden.

Die gesetzliche Gleichstellung Homosexueller sei noch nicht erreicht, stellte Klaus Wowereit in seiner Rede fest. Auch das Stigma der Abnormalität von Homosexualität existiere bis heute. Es äußere sich in Schwulenwitzen, Diskriminierungen am Arbeitsplatz und offener rechtsextremer Gewalt gegen Schwule und Lesben. An der Einweihungsfeier nahm auch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse teil.

Die Entwurf zur Gedenk-Stele stammt von dem dänisch-norwegischen Künstlerduo Michael Elmgreen und Ingar Dragset. Der rund 3,60 Meter hohe und 1,90 Meter breite Quader erinnert in seiner Form an die Stelen des Holocaust-Mahnmals. In einem Fenster ist ein etwa anderthalb Minuten langer Film mit zwei sich küssenden Männern zu sehen. In zwei Jahren wird er ausgetauscht. **BS** □

meinsamen Ethikunterricht für alle Schüler geben“ sagten 84 Prozent. ForSA-Chef Güllner bezeichnete die Fragestellung, die sein Institut dem Humanistischen Verband empfohlen hatte, nach Bekanntwerden der Ergebnisse als „suggestiv“, dem Auftraggeber teilte er diese Einschätzung per Interview im Evangelischen Pressedienst mit. Der Humanistische Verband erwägt nun eine Klage gegen forsa. Bisherige Umfragen gaukelten mit dem Begriff „Wahlpflichtfach“ allerdings häufig vor, die Schüler könnten beides wählen und müssten sich gerade nicht entscheiden.

Auch Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit will an der jetzigen Regelung festhalten: „Wir stehen dazu, dass alle Kinder gemeinsam, egal ob sie katholisch sind oder jüdischen Glaubens sind oder eine andere Konfession haben oder eben gar keine, gemeinsam darüber diskutieren: Was sind die Werte unserer Gesellschaft? Warum haben wir Grundrechte? Warum sind Menschenrechte so wichtig, nicht nur bei uns, sondern auch in China, in Tibet und sonstwo auf der Welt? Also gemeinsame Fragen. Und jeder bringt seine eigene Sichtweise ein.“ Erst das führe zur notwendigen Pluralität. **U.H.** □

Stadtplanung:

Vorteil bei Modernisierung

ICC-Sanierung erfolgt bei laufendem Betrieb

Seit seiner Eröffnung vor mehr als 25 Jahren ist das Berliner ICC ein erfolgreicher Kongress-, Tagungs- und Veranstaltungsort. Das soll nach dem Willen des Berliner Senats auch so bleiben. Nach gründlicher Prüfung durch die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und für Wirtschaft werden die Mängel des in die Jahre gekommenen Baus nun bei laufendem Betrieb beseitigt.

Das ICC wird nach einer Sanierung „absolut modern und zeitgemäß“ sein, verspricht Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer. Auch während der Modernisierung könne das vielfach preisgekrönte ICC für Kongresse und Messen durchgehend weiter genutzt werden. „Ein Kongress-Neubau würde die Frage, wie mit dem Gebäude ICC umgegangen werden soll, nicht lösen“, so die Senatorin. „Der Erhalt des ICC ohne Messenutzung würde Risiken mit sich bringen, die wir heute noch gar nicht abschätzen können. Ein Abriss dieser städtebaulichen Ikone der Neuzeit wäre eine nur sehr schwer zu bewältigende finanzielle und technische Herausforderung. Diese sehr grundsätzlichen Erwägungen zur Standortqualität, städtebaulichen Anbindung, bis hin zu den negativen Fol-



ICC Berlin: Auch die SPD nutzte die Räume schon häufig. Foto: Horb

gen eines ungenutzten ICC, sprechen für den Erhalt sowie die zukunftsfähige Sanierung und Modernisierung des ICC.“

Die Kosten für die erste Stufe (technische Sanierung, Modernisierung und Funktionsverbesserungen) werden auf 182 Millionen Euro geschätzt. Erst nach Abschluss der technischen Sanierung des ICC erfolgt die Entscheidung darüber, ob eine Erweiterung der Programmflächen außerhalb des ICC erfolgen soll. **BS □**

Diskussion:

Hilfe bleibt notwendig

Berliner Bundestagsabgeordnete diskutierten Afghanistan-Einsatz

Sechs Jahre nach Beginn des Wiederaufbaus in Afghanistan stehen Deutschland und die internationale Gemeinschaft immer noch vor großen sicherheits-, entwicklungs- und menschenrechtspolitischen Herausforderungen. Das wurde auf einer Diskussionsveranstaltung der Berliner Bundestagsabgeordneten Petra Merkel und Detlef Dzembitzki zum Thema „Wiederaufbau Afghanistans“ deutlich.

Rund 150 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung gefolgt und wollten sich u.a. über die Arbeit der Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion informieren, aber auch Informationen aus erster Hand, von jungen Afghaninnen und Afghanen erhalten, die am Young Leaders Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung teilnehmen.

Einigen beachtlichen Erfolgen in der Bildungspolitik, der Grundversorgung, des Wiederaufbaus der Infrastruktur und dem Aufbau des Staatswesens stehen Rückschläge besonders in sicherheitspoliti-

schen Bereichen gegenüber. Die SPD-Bundestagsfraktion sieht neben der Schaffung von Sicherheit nach innen wie nach außen einen Schlüssel für einen friedlichen und langfristig wirkenden Wiederaufbau darin, der Jugend Afghanistans Perspektiven zu geben.

Eine perspektivlose und frustrierte, vor allem männliche Jugend ist besonders anfällig für Kriminalisierung sowie die Werbung und Rekrutierung durch gewaltbereite islamistische oder terroristische Gruppierungen. Deshalb sollte die junge Generation spezielle Unterstützung durch Ausbildungsprojekte und Einstiegsjobs erhalten. Hier ist Deutschland aufgrund seiner langen Tradition der Zusammenarbeit und des hohen Ansehens, das es in Afghanistan genießt, in besonderer Weise gefragt.

Darüber hinaus braucht Demokratie politische Bewegungen auf allen Ebenen, auch von unten. Nur sie kann einen nachhaltigen Frieden und Demokratie in Afghanistan gewährleisten, lautete eine Erkenntnis des Abends. **BS/PM □**

Demonstration:

Kein Platz für Neonazis

Aus Protest gegen einen zunächst im Rathaus Tempelhof geplanten Landesparteitag der rechtsradikalen NPD ist am heutigen Sonnabend eine Kundgebung geplant. Auf einer Veranstaltung vor dem Rathaus wollen Sozialdemokraten und verschiedene Gruppen und Initiativen ein Zeichen gegen Faschismus und Menschenfeindlichkeit setzen. Aktuelle Informationen im Internet: www.berlin.spd.de. **BS □**

➡ Samstag, den 7. Juni, ab 11.00 Uhr auf dem Vorplatz des Rathaus Tempelhof, Tempelhofer Damm

Gedenken:

Rosen zum 17. Juni

Zum Gedenken an die Opfer des Aufstandes vom 17. Juni legt die SPD Mitte wie in den vergangenen Jahren einen Rosenteppich am Denkmal vor dem Bundesfinanzministerium nieder. Tausend rote Rosen sollen an die Arbeiter erinnern, die 1953 in der DDR für ihre Überzeugung zu Tode kamen oder inhaftiert wurden. Die Gedenkrede hält der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel. **BS □**

➡ Dienstag, 17. Juni, 16 Uhr, Leipziger Straße Ecke Wilhelmstraße

Wissenschaftspreis:

Innovationen aus Berlin

Mit einem neu gestifteten Berliner Wissenschaftspreis des Regierenden Bürgermeisters sollen herausragende Wissenschafts- und Forschungsleistungen geehrt werden, die neben wissenschaftlicher Exzellenz auch gute Aussicht haben, als Innovationen in Berlin wirtschaftlich erfolgreich zu sein. **BS □**

Gedenktag 18. März:

Geburtstag der Demokratie

Der 18. März soll zum nationalen Gedenktag zu Ehren des Geburtstages der Demokratie in Deutschland erklärt werden. Eine entsprechende Initiative will der Berliner Senat im Bundesrat ergreifen.

Damit wird eine langjährige Forderung Wirklichkeit (siehe BS 4-2008 vom 1. März). Die sogenannte Märzrevolution im Jahr 1848 war Teil einer länderübergreifenden Bewegung und richtete sich gegen Fürstenwillkür und Absolutismus in den damaligen deutschen Kleinstaaten. Der 18. März 1848 ist mit den stattgefundenen Straßenkämpfen der Geburtstag der Demokratie in Deutschland und in der deutschen Geschichte zugleich ein Höhepunkt des Kampfes für ein freies parlamentarisches Leben. **BS □**

Neumitgliedertreffen:

Eigene Projekte einbringen

Klaus Wowereit diskutierte in Nürnberg

„Bitte nicht aufgeben, sondern sich selbst einbringen, am besten mit einem eigenen Projekt und nerven.“ Diesen Rat gab Klaus Wowereit beim Neumitgliederforum auf dem Zukunftskonvent der SPD in Nürnberg.

Gemeinsam mit der Bundesschatzmeisterin der SPD Barbara Hendricks, dem derzeitigen und dem ehemaligen Bürgermeister von Nürnberg, Ulrich Maly und Willi Pröhl, beantwortete Klaus Wowereit Fragen von Neumitgliedern und zeigte Möglichkeiten des Engagements in einer großen Partei auf.

Nach ersten Erlebnisberichten wurde vor allem ein Problem deutlich, mit dem auch der Regierende Bürgermeister bei seinem Parteieintritt 1972 konfrontiert wurde: Es ist schwer, als Neumitglied in eine bereits bestehende Gruppe zu kommen. „Viele öffnen sich nicht und lehnen neue Mitglieder ab“, meinte Klaus Wowereit. Er hat die Anfangsschwierigkeiten in seiner damaligen Lichtenrader Abteilung mit Ausdauer überwunden. Und deshalb riet er allen Neumitgliedern, nicht gleich die Flinte ins Korn zu

Nino Mezari: Engagiert für die Umwelt

Nino Mezari (45) ist seit Januar Mitglied der Berliner SPD. Motivation für seinen Eintritt war vor allem, sich energie- und umweltpolitisch zu engagieren. Der Fachausschuss Natur, Energie, Umweltschutz der Berliner SPD, an dessen Sitzungen er nun regelmäßig teilnimmt, ist für



Neumitglied Nino Mezari. Fotos: Paeche

ihn eine hervorragende Gelegenheit, seine Ideen einzubringen. Der Zukunftskonvent in Nürnberg bot Nino Mezari nun die Möglichkeit, weitere Eindrücke, gerade im Hinblick auf die Bundesebene, zu gewinnen. Nachdem er schon am Neumitgliederforum auf Landesebene teilgenommen hatte, interessierte ihn besonders, sich mit Neumitgliedern aus dem Bundesgebiet auszutauschen. Zum einen, um auch hier in Erfahrung zu bringen, mit welchen Startschwierigkeiten Neumitglieder umgehen müssen, aber auch um herauszufinden, welche weiteren Möglichkeiten des politischen Engagements innerhalb der SPD angeboten werden. **Rowena Paeche** □



Diskutierte in Nürnberg mit Neumitgliedern: Klaus Wowereit. Foto: Paeche

werfen, wenn bei der ersten Begegnung noch nicht alles optimal läuft. Die SPD biete viele Möglichkeiten des politischen Engagements, so Wowereit. „Und die erfolgreichsten Ortsvereine laden zum Mitmachen ein.“

Seit Jahresanfang kann die SPD bundesweit pro Monat bis zu 1.500 Neuzugänge verzeichnen. Immer mehr Mitglieder finden über das Eintrittsformular im Internet zur Partei. **Rowena Paeche** □

Julia Schulz: Mit Überblick an die Arbeit



Neumitglied Julia Schulz in Nürnberg.

teiligt, wollte nun aber auch erfahren, welche Möglichkeiten der inhaltlichen Arbeit sie wahrnehmen kann. Es sei gut, einmal einen Überblick zu bekommen, gerade wenn man am Anfang steht und sich zu rechtfinden muss, meint die 25jährige. Der Zukunftskonvent bot ihr als Neumitglied hierfür die beste Gelegenheit. Vom Neumitgliederforum erhoffte sie sich unter anderem Orientierungshilfe, aber auch einen Erfahrungsaustausch zwischen den „alten Hasen“ und den neuen Gesichtern. Langsam möchte sie nun beginnen, sich an den verschiedenen Möglichkeiten auszuprobieren und sich vor allem in ihrer Abteilung zu engagieren. **Rowena Paeche** □

Ein Heimspiel auf dem Zukunftskonvent hatte Julia Schulz, die seit Oktober die Möglichkeit einer Gastmitgliedschaft in der Berliner SPD nutzt. Die gebürtige Nürnbergerin hatte sich zwar schon fleißig an der Kampagne gegen den Erhalt des Flughafens Tempelhof be-

„Aufstieg und Gerechtigkeit“

Die SPD sei die einzige Kraft in Deutschland, die entschlossen sei, den sozialen Aufstieg für alle zu ermöglichen und die auseinanderstrebenden Kräfte der Gesellschaft zusammen zu führen. Das betonte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck auf dem Zukunftskonvent in Nürnberg.

Die Ziele wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialer Zusammenhalt, so Beck, dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, sie gehören zusammen. Die SPD sei die „Partei der Leistungsträger wie auch der Schwächeren in der Gesellschaft“.

Unter dem Titel „Aufstieg und Gerechtigkeit. Impulse für Deutschlands Zukunft“ hatte Kurt Beck vor dem Zukunftskonvent ein elfseitiges Grundlagenpapier vorgelegt. „Sozialen Aufstieg für alle zu ermöglichen und die auseinanderstrebenden Kräfte der Gesellschaft neu zusammen zu führen, das ist die zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie. Wir wollen eine neue Aufstiegs-kultur, in der wir gemeinsam vorankommen und der Erfolg des Einzelnen zum Aufstieg der ganzen Gesellschaft beiträgt“, heißt es darin.

„Wir sind die Partei der Mitte“, hatte Kurt Beck betont. Im Papier heißt es: „Die wirklichen Leistungsträger unseres Landes machen ihre Arbeit verantwortungsbewusst und zuverlässig. Sie sorgen für ihre Kinder. Die meisten von ihnen verfügen über kein großes Vermögen und haben nicht das Privileg einer großen Erbschaft. Sie sind die solidarische Mehrheit. Gerade für sie muss gelten, dass Leistung sich auszahlt und Grundlage für eine sichere Existenz ist.“

Das Papier betont erneut die Forderung nach einem Mindestlohn, es fordert gleiche Bildungschancen für alle. „Wir streben ein gebührenfreies Bildungssystem an, das auf jeder Stufe ein Recht auf Bildung verwirklicht. Das ist eine Antwort auf die Blockade des sozialen Aufstiegs für viele Kinder und Jugendliche.“

Die SPD wolle im Laufe der nächsten zehn Jahre eine Sozialabgabenquote von unter 36 Prozent erreichen, ohne dabei das Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme abzusenken. Ziel im Gesundheitswesen bleibe die Bürgerversicherung. Es gelte, gleiche Chancen für alle zu schaffen, damit sich Leistung lohne. **BS** □

FRAKTION INTERN

Koalition fordert Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer. Das Abgeordnetenhaus hat auf Initiative der rot-roten Koalition einen Antrag zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer beschlossen. Darin wird der Senat aufgefordert, sich für ein Wahlrecht einzusetzen und die gemeinsame Bundesratsinitiative mit den Ländern Bremen und Rheinland-Pfalz zu forcieren. "Integration setzt demokratische Teilhabe voraus. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten für die gesellschaftliche und politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten verbessern", so die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Susanne Kitschun. Gebremst wird die nötige Grundgesetzänderung nach wie vor jedoch von der Union.

Öffentliche Nutzung für Humboldt-Forum. Am letzten Montag hat sich der Kultur- und Stadtentwicklungsausschuss des Abgeordnetenhauses in einer gemeinsamen Sitzung mit der Ausgestaltung und Nutzung des Humboldt-Forums befasst. Für die SPD-Fraktion steht dabei das Ziel im Vordergrund, dass das Humboldt-Forum auf dem Schlossplatz ein Ort für die breite Öffentlichkeit wird.

„Im Humboldt-Forum werden die außereuropäischen Sammlungen, die naturkundlichen Sammlungen der Humboldt-Universität und vor allem die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) auf 4.000 qm ihren Platz finden. Mit unseren Planungen sind wir deshalb auf einem guten Weg. Gerade die ZLB wird aus dieser prominenten Stätte auch eine lebendige machen, die den Berlinerinnen und Berlinern, Menschen jeden Alters und auch einem internationalen Publikum offen steht“, so Brigitte Lange, die kulturpolitische Sprecherin.

ICC-Sanierung: Jahnke kritisiert IHK. Der wirtschaftspolitische Sprecher, Frank Jahnke, hat die Kritik der IHK an der Sanierung des ICC scharf zurückgewiesen. „Mit ihren Äußerungen offenbart die IHK ein gehöriges Maß an wirtschaftlicher Inkompetenz.“ Gerade für die Berliner Wirtschaft und den Messestandort ist der eingeschlagene Weg richtig. Die IHK blende vollkommen aus, dass Berlin auch wegen des ICC auf Platz 2 im weltweiten Vergleich der Tagungsorte liege, so Jahnke. In den letzten Jahren hat das ICC mehrfach die Auszeichnung "best convention center of the year" erhalten. "Die Entscheidung, das ICC zu sanieren, ist außerdem eine wichtige Investition für die Berliner Wirtschaft". "Insgesamt stellt sich die Frage", so Jahnke, "wessen Interessen die IHK überhaupt noch vertritt. Ob es die der Berliner Wirtschaft insgesamt sind, kann jedenfalls bezweifelt werden.“ **TM** □

„Arbeit für die Menschen“

Silberne Willy-Brandt-Medaille für Harri Wuttke

Die Silberne Willy-Brandt-Medaille für 60 Jahre SPD-Mitgliedschaft hat der Vorsitzende der Wilmersdorfer Abteilung SüdOst, Dr. Georg Dybe, jetzt dem 81jährigen Harri Wuttke überreicht.

Harri Wuttke wurde 1927 in Berlin-Mariendorf geboren. Von seiner Jugend hatte er nicht viel, denn man schickte ihn als Flakhelfer in den Krieg. Im Frühjahr 1945 geriet er in amerikanische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung konnte er eine Ausbildung zum Verwaltungsbeamten absolvieren. Innerhalb des Rathauses Wilmersdorf "durchwanderte" er mehrere Abteilungen, sein Wissen wurde immer perfekter. Das bekamen die Kollegen in den oberen Etagen des Bezirksamtes und Rathauses Wedding mit und warben den Harri ab. Von 1957 bis zum Jahre 1971 war er Leiter des Sportamtes Wedding. Er, der Fußballer aus Leidenschaft, setzte in seiner Amtsführung fachlich und sportliche Maßstäbe. Er wohnte aber weiter, bis heute, in Wilmersdorf. Viele Jahre war er Vorsitzender der Fußballabteilung des BSV 92. Auch heute ist er noch Mitglied dieses Wilmersdorfer Traditionsvereins, der einige Jahre sogar Berliner Fußballmeister war. Auch heute hilft er immer gerne seinem Verein, wenn es mal "brennt". Vorsitzender der „Alten Rasensportler“ ist er immer noch: "So lange ick noch krauchen kann, will ick det noch machen". Im vorigen Jahr 2007 bedankte sich der BSV 92 anlässlich seines 80jährigen Geburtstages mit einer großen Feier im BW-Saal des Rathauses Wilmersdorf. Das Sportcasino im Stadion Wilmersdorf wurde zu seinem 80sten im Beisein der Bürgermeisterin Monika Thiemen und vielen Prominenten aus Politik und Sport und im Beisein seiner vielen Sport-Fußballkameraden aus seiner aktiven Zeit, in Harri Wuttke-Sportcasino umbenannt. Auch viele "Laubenpieper" aus Wilmersdorf waren anwesend, Harri war lange Jahre deren Bezirksvorsitzender. Eine Laube besitzt er noch heute. Im Sommer wird oft bei Grill-



Harri Wuttke.

wurst und Bier über die alten Zeiten geplaudert. Wer Harri kennt, weiß, dass diese Abende oft sehr lange dauern!

Von 1959 bis 1971 und 1985 bis 1989 war er Mitglied in der Bezirksverordnetenversammlung Wilmersdorf. Im Jahre 1971 verabschiedete er sich als Sportamtsleiter im Wedding, um in Wilmersdorf Stadtrat für Soziales zu werden.

Diese Tätigkeit dauerte von 1971 bis 1985, in den letzten vier Jahren war er auch stellvertretender Bürgermeister. Selbstverständlich war er viele Jahre Abteilungsleiter der Abteilung 9/8, Kreis- (unter Willy Brandt als Kreisvorsitzendem) und Landesdelegierter.

Auch heute versieht er viele ehrenamtliche Tätigkeiten, u.a. im Vorstand des Städtepartnerschaftsvereins Wilmersdorf, hier ist er seit 35 Jahren Garant für die gute Partnerschaft mit dem Landkreis Forchheim in der Fränkischen Schweiz.

Für sein jahrzehntelanges Engagement erhielt Harri Wuttke viele Auszeichnungen, u.a. das Bundesverdienstkreuz am Bande, die Bürgermedaille des Bezirks Wilmersdorf, die Sportplakette des Senats, die Ehrenmedaille des Deutschen Fußballbunds und viele andere. Seine Wilmersdorfer SPD dankte Harri Wuttke sehr herzlich für die jahrzehntelange Arbeit für die Menschen im Bezirk, für Berlin und für seine Partei. **Lothar Duclos** □

NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

SPD Mitte besucht Adlershof. Zu einer städtebaulichen Rundfahrt zum "Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof" laden die Abgeordneten Bruni Wildenhein-Lauterbach und Ralf Wieland ein. Am Sonnabend, dem 14. Juni geht es vom Wedding aus in den inzwischen weltweit bekannten Innovationspark im Süden Berlins mit ausführlicher Besichtigung unter fachkundiger Führung. Abfahrt ist um 10.00 Uhr vor dem Rathaus Wedding (Altbau),

Müllerstraße, Rückkehr um ca. 13.00 Uhr. Fahrkarten können gegen einen Kostenbeitrag von 3,50 Euro bei der SPD Mitte, Tel. 46 92 - 130, Mail mitte@spd-berlin.de, reserviert werden..

„Städtebauliche Entwicklungen in Britz“ ist das Thema einer öffentlichen Mitgliederversammlung der SPD Hufeisensiedlung mit Baustadtrat Thomas Blesing am 10. Juni um 19 Uhr in der Seniorentagesstätte Bruno Taut, Fritz-Reuter-Allee 46. **BS** □

Landesparteitag:

Bilanz und politischer Ausblick

21. Juni: Wahl des Landesvorstands und Debatte über Bezirksamtsbildung

Es werde kein langweiliger Parteitag werden, verspricht der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller in der aktuellen Ausgabe des „Vorwärts“: „Wenn es so kommt, wie es sich abzeichnet und der Landesvorstand im Wesentlichen bestätigt wird, ist das ein gutes Signal. Darüber hinaus wird der Parteivorsitzende Kurt Beck in seiner Rede auf dem Landesparteitag die bundespolitischen Schwerpunkte der SPD deutlich machen, und wir setzen erste europapolitische Akzente. Wir werden wichtige

inhaltliche Entscheidungen treffen, etwa in der Frage der Finanzbeziehungen zwischen den Bezirken und dem Land und bei der Struktur der Bezirksämter.“

Es ist der tunusmäßige Wahlparteitag der Berliner SPD. Gut anderthalb Jahre nach Beginn der zweiten rot-roten Legislaturperiode wird der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller eine Bilanz der Arbeit ziehen und auch die Berliner Sicht auf die aktuellen bundespolitischen Themen deutlich machen, ehe er sich erneut zur Wahl

stellt. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten auf dem Parteitag gehört zudem die Beratung des Leitanspruchs „Zukunft des Verhältnisses zwischen Land und Bezirken“, den der SPD Landesvorstand am 31. März beschlossen hatte. Nachdem das bisherige System des „Proporz-Bezirksamts“ ausläuft, hatte der Landesvorstand ein Modell vorgeschlagen, das auch weiterhin eine Minderheit bei der Stadtratswahl berücksichtigt. Die Kreisdelegierten in Steglitz-Zehlendorf, Mitte und Pankow haben sich dagegen für die Einführung eines „Politischen Bezirksamts“ ohne Beteiligung von Minderheiten ausgesprochen. Die Reinickendorfer Kreisdelegierten fordern die Beibehaltung der bisherigen Struktur.

In weiteren Anträgen geht es u.a. um Veränderungen der Entsenderichtlinie auf europäischer Ebene, um den öffentlichen Beschäftigungssektor oder um die Verhinderung von weltweiten Finanzkrisen. **BS** □
 → Alle Anträge im Internet unter www.berlin.spd.de.

→ SPD-Landesparteitag am 21. Juni, Beginn: 9.00 Uhr, BCC – Berliner Congress Centrum, Alexanderstr. 11, 10178 Berlin



Der Historiker Rainer Sandvoss beschrieb Leben und Wirken von Franz Künstler *Fotos: Horb*



Enthüllung der Gedenkbilder: Michael Müller und Schatzmeisterin Barbara Hendricks.

Ehrung:

„Bleibende Verpflichtung“

Saalbenennung nach Franz Künstler

Mit einer feierlichen Namensgebung wurde jetzt im Kurt-Schumacher-Haus an den früheren Vorsitzenden der SPD Groß-Berlins erinnert: Aus dem Sitzungssaal 2 wurde der „Franz-Künstler-Saal“.

Rainer Sandvoss, Mitglied der Historischen Kommission der Berliner SPD, rief in seiner Rede das Wirken Franz Künstlers, des letzten Berliner SPD-Vorsitzenden vor dem Verbot 1933, in Erinnerung. Künstler, den die Nazis durch KZ-Haft und Zwangsarbeit systematisch um seine Gesundheit gebracht hatten, war 1942 gestorben. Er, der lange Zeit für den sozialdemokratischen Zusammenhalt in der Hauptstadt gesorgt hatte, wurde von mehr als 1000 Menschen zu Grabe getragen - mitten in der Kriegszeit ein stiller Protest. (siehe BS 9/10 und 11)

An der feierlichen Namensgebung des Sitzungssaals nahm am 26. Mai neben dem SPD-Vorsitzenden Michael Müller auch die Schatzmeisterin der SPD Barbara Hendricks teil. Sie machte in ihrer Rede die Bedeutung der SPD-Häuser für die Partei deutlich.

„Auch unser Berliner Haus steht in der Tradition der sozialdemokratischen Volks-

und Parteihäuser“, sagte Barbara Hendricks. „Ihr Vorbild lieferte die Sozialistische Partei Belgiens. 1895 gelang es ihr, das erste „Maison du Peuple“ (Volkshaus) nach dem Entwurf des bedeutenden Jugendstilarchitekten Victor Horta zu errichten. Es war ein Stück Gegenkultur, die hier ihren Platz findet.“

Heute stehe die SPD in der Mitte der Gesellschaft, so die SPD-Schatzmeisterin. Es gebe gleichwohl genügend Gründe an die Geschichte der SPD zu erinnern. Barbara Hendricks: „Unsere Mitglieder sind für ihren Kampf um die Demokratie und ihre Werte verfolgt, eingesperrt, gefoltert und nicht selten getötet worden. Wir haben als Einzige gegen die Ermächtigungsgesetze gestimmt, mit denen die Nationalsozialisten mit zustimmender Billigung der bürgerlichen, konservativen Parteien die Demokratie außer Kraft setzten, um in der Folge ihren Terror gegen uns, das Land und in ganz Europa ungestört zu entfalten. Es ist deshalb gut, wenn unsere Häuser und Foren an diese Schreckensherrschaft erinnern und wir heute mit der Saalbenennung an Franz-Künstler, den großen Sozialdemokraten, erinnern.“ **Ulrich Horb** □

AG 60plus:

Werner Kleist gewählt

Der frühere Wilmersdorfer Bezirksbürgermeister Werner Kleist ist von der Landesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft 60plus zum neuen Landesvorsitzenden gewählt worden.

Zu seinen Stellvertreter wählen die Delegierten Heidemarie Fischer, Anita Gossler, Gerhard Keil und Gunhild Schaeffer-Dohrmann. Michael Müller wurde von der AG 60plus erneut für den Landesvorsitz der Berliner SPD nominiert, Iris Spranger als stellvertretende Vorsitzende. Die bisherige Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt wurde als Berliner Kandidatin für die Europawahl im kommenden Jahr nominiert

Werner Kleist ist Nachfolger der Ende März überraschend verstorbenen Lilo Strachmann. **BS** □



Werner Kleist ist neuer Vorsitzender der AG 60plus.

Gedenkstättenfahrt:

Eindrucksvolle Erfahrungen

Besuch in Majdanek und Warschau

Vom 18. bis 23. Mai 2008 fand eine weitere Fahrt des SPD-Landesverbandes in Zusammenarbeit mit Paper Press Studienreisen nach Lublin, Majdanek und Warschau statt.

Die 40 Teilnehmer/innen fuhren zuerst nach Lublin, übernachteten dort und besuchten am nächsten Tag das ehemalige Konzentrationslager in Majdanek. Danach ging es in die drei Stunden entfernt liegende polnische Hauptstadt Warschau. Hier erwartete die Besucher/innen aus Berlin ein umfangreiches Programm, das mit einer ausführlichen Stadtrundfahrt und -begehung begann. Die einzig verbliebene Synagoge wurde ebenso besichtigt, wie das Jüdische Historische Institut, das Museum der Stadt Warschau, die wieder aufgebaute Altstadt und die beiden Mahnmale des Warschauer Aufstandes und des Aufstandes im Jüdischen Getto, wo die Gruppenleiter Reiner Hanke und Rainer Penk, wie zuvor in Majdanek, Blumengebinde niederlegten und in Schweigeminuten der Opfer gedachten.

Interessantester politischer Programm-



Treffen mit Dr. Peter Hengstenberg, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau.

punkt war ein Zusammentreffen mit dem Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau, Dr. Peter Hengstenberg. Ed Koch moderierte das zweistündige Gespräch, an dem sich die Teilnehmer/innen mit vielen Fragen beteiligten. Nach dem Regierungswechsel in Polen sieht Peter Hengstenberg die polnisch-deutschen Beziehungen wieder auf einem guten Weg.

Die sechstägige Reise nach Polen war für die Teilnehmer/innen sehr erlebnisreich, aber natürlich auch anstrengend. Viel Frei-



Erinnerung an die Opfer: Kranzniederlegung in Majdanek. Fotos: Ed Koch

zeit blieb nicht, was angesichts des bescheidenen Wetters auch nicht so schlimm war.

Die nächste Gedenkstättenfahrt findet vom 15. bis 19. September 2008 nach Prag, Lidice und Theresienstadt statt. Es sind noch 12 Plätze frei. Für 2009 steht im Mai eine Fahrt nach Krakau und Auschwitz auf dem Programm und im September Danzig und Stutthof.

Wolfgang Ed Koch □

➔ Infos unter 701 786 40 - bzw. www.gedenkstaettenfahrten.de

SPD vor Ort:

„Vertrauensvolle Zusammenarbeit“

Abteilung Rosenthaler Vorstadt besuchte die Charité - Mitwirkung beim Jubiläum zugesagt

Die SPD-Abteilung Rosenthaler Vorstadt hat sich jetzt bei einem Besuch auf dem Campus der Charité über die Arbeit am traditionsreichen Medizinstandort informiert. Organisiert hatte den Termin und ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden Prof. Ganten der SPD-Abgeordnete Ralf Wieland.

Prof. Ganten, Prof. Dr. Schnacke und Herr Felsberg gaben einen Überblick über die Situation der Charité von 1945 bis heute. Mit dem Neubau des Bettenhauses in den Jahren 1977 - 1982 wurde die Charité zu einer Vorzeigeeinrichtung der DDR und hatte einen guten Ruf über die Grenzen der DDR hinweg. Mit der Wende kamen dann allerdings die Diskussionen über finanzielle Risiken, Mitarbeiterabbau und Zusammenlegungen von Standorten auf. Für den Standort Charité gab es die Verpflichtung aus der Historie heraus - so blieb es.

Mit der Berufung von Prof. Ganten zum Vorstandsvorsitzenden im Jahre 2004 blieb die Charité ein Krankenhaus, wurde aber gleichzeitig zu einem Unternehmen, das Geld verdienen musste. Es gibt mittlerweile ein unternehmerisches Konzept, das sich auf dem Markt des Krankenhauswesens behauptet hat. Medizinische und For-

schungsstandorte wurden zu Zentren zusammengelegt um ein besseres Netzwerk aufzubauen. Forschung und Lehre sind ein wichtiger Baustein für die Charité um als Universitätskrankenhaus zu bestehen. Durch das komplizierte System der Krankenhausabrechnung mit den Krankenkassen, die Personalkosten und Neuanschaffungen von medizinischen Geräten sind die finanziellen Grenzen des Unternehmens nach Ansicht der Charité erreicht.

Die finanzielle Unterstützung aus der öffentlichen Hand muss gewährleistet sein und einen hohen Stellenwert haben. Die Charité als größter Arbeitgeber im Bezirk Mitte weiß um ihre Verantwortung den MitarbeiterInnen und Kranken gegenüber und wird keinen Stellenabbau vornehmen. Medizinische Versorgung, Lehre und medizinische Forschung in einem Netzwerk kann der Bevölkerung nur zugute kommen.

Die Charité wird im Jahr 2010 ihr 300-jähriges Jubiläum feiern und hier auch die Historie aufarbeiten. Als 1710 die Pest Berlin bedrohte, wurden auf Anordnung König Friedrich I. außerhalb der Stadtmauern vorsorglich Quarantänemöglichkeiten geschaffen. Die Geschichte der Charité be-

gann mit einem zweigeschossigen Gebäudekomplex und einem geräumigen Innenhof. Die Pestepidemie verschonte Berlin und so wurde die Charité danach weiter als Hospiz genutzt. Später diente das Haus als Garnisons- und Bürgerlazarett und zur Ausbildung von Ärzten. Durch den ersten medizinischen Dekan Hufeland wurde die Charité zunehmend in den Universitätsbetrieb eingebunden.

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden in der Charité zahlreiche jüdische Mitarbeiter entlassen. Gremien und Forschungsgruppen der Charité haben sich kritisch mit dieser Zeit auseinandergesetzt und zum Jubiläumsfest wird es Ausstellungen, Führungen und viele Dokumentationen geben. Hier wird unter anderem auch die Verantwortung der Mediziner im Nationalsozialismus dokumentiert.

Die Charité ist weiter an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Bezirk Mitte interessiert, sie sei, so Prof. Ganten, „ein Kiezkrankenhaus“. Sie wünscht sich zum Jubiläumsjahr 2010 eine aktive Beteiligung des Bezirks und der SPD Rosenthaler Vorstadt. Wir werden uns einbringen, Ideen dazu werden schon entwickelt.

Ulrich Davids, Gundula Lütgert □

Öffentlicher Dienst:

Endlich mehr Lohn, wieder neue Schulden?

Hans-Willi Weinzen: Fragen eines lesenden Angestellten

Als einfacher Gewerkschafter lese ich vom Tarifkonflikt im Berliner öffentlichen Dienst und freue mich, daß nach Jahren des Lohnverzichts wieder mehr Geld statt weniger möglich erscheint. Ganz leise hoffe ich, daß die zwölf Prozent, die mir monatlich seit Jahren genommen sind, zumindest teilweise vor 2010 wieder auftauchen. Etwas lauter hoffe ich, daß bei den Mitarbeitern des Landes, denen seit Jahren monatlich zehn oder acht Prozent fehlen, diese vielleicht noch etwas rascher wieder auftauchen.

Als einfacher Sozialdemokrat fürchte ich gleichzeitig, daß die wichtigste Leistung des rot-roten Senats wieder zunichte gemacht wird, nämlich die weitgehende Sanierung des Haushalts, wodurch erst wieder Spielraum erlangt wird, um nachhaltige Politik zu gestalten. Nachhaltig meint: Eben nicht nach dem Prinzip, Kinder haften für ihre Eltern und zwar über deren Tod hinaus, die restlichen Schulden bezahlen, dann hoffentlich die Enkel, Urenkel und Urenkel, zumindest aber die Zinsen an die Banken.

Der Innensenator sieht neue Schulden als unausweichlich an, wenn die gewerkschaftliche Forderung von 2,9 % erfüllt wird, von einer Modifikation des Anwendungstarifvertrages ganz zu schweigen.

SIND BEI LOHNANGLEICHUNG
NEUE SCHULDEN
ZWANGSLÄUFIG?

Scherzhaft könnte man den Innensenator daran erinnern, daß dies zumindest für Erzieher, Lehrer und Professoren seit dem Zehlendorfer Landesparteitag kein Problem mehr sein kann. Dieser hatte Schulden für Pädagogen gefordert, da es sich um Investitionen handele, Investitionen in Köpfe. Offen blieb nur, warum man in die Köpfe von Chirurgen, Polizisten oder Betriebsprüfern keine Investitionen auf Pump tätigen darf. Weil sie weniger Landesdelegierte stellen? Ich erinnere mich nicht, daß sich ein Senatsmitglied ans Mikrofon getraut hätte, um dagegen zu sprechen. Schön, wenn nun wieder klar wäre, daß man mit Zinsen für Schulden letztlich weder Lehrer noch Polizisten, sondern Banken bezahlt.

Aber ernsthaft: Bedeutet mehr Lohn wirklich zwingend neue Schulden? Vielleicht sind beide Ziele - mehr Lohn ohne neue Schulden - zugleich zu erreichen. Dazu ist über einiges mehr im Zusammen-



Ziel der DGB-Gewerkschaften auch im öffentlichen Dienst: Gute Bezahlung. Foto: Horb

hang zu diskutieren als nur über Sockel oder Prozent und über diese nicht zuerst, sondern zuletzt.

Strukturell entscheidend war und ist letztlich die Zahl der Stellen. Die in Zeiten der Teilung beiderseits der Mauer von außen finanzierte Stellenzahl war nach Mauerfall nicht länger bezahlbar. Schon früh ist von mir (vgl. Berlin - ohne finanzielle Zukunft?, Berliner Stimme, 43. Jg. Nr. 1, 16. Januar 1993, S. 7 f) darauf hingewiesen worden. Ich bin daher wohl unverdächtig, leichtfertig den Haushalt wieder zu ruinieren, wenn ich mir andere Gespräche mit meiner Gewerkschaft wünsche. Aber der Reihe nach.

WARUM IST BERLIN IN EINER
FINANZKRISE?

Mancher meint immer noch, Berlin wäre erst durch die - von rot-rot überwundene - Krise der Bankgesellschaft in die Finanzkrise geraten. Das ist jedoch gründlich falsch. Die Ursache der Finanzkrise war eine andere: Zum einen der Wegfall gewohnter laufender Einnahmen, als die Bundeshilfe nach dem III. Überleitungsgesetz durch den gesamtdeutschen Finanzausgleich abgelöst wurde. Zum anderen die schwarz-rote Steigerung der Ausgaben, die obendrein erfolgte.

Diese Lücke zwischen laufenden Einnah-

men und Ausgaben wurde durch einmalige Einnahmen vorübergehend geschlossen, vor allem durch immer mehr Schulden. Die Schulden durch die Bankgesellschaft waren nur das Gipfelkreuz auf dem Schuldenberg.

WIE KOMMT BERLIN AUS SEINER
FINANZKRISE?

Vor allem durch weniger Ausgaben. Weder die Einnahmen aus eigenen Steuern noch die Zuweisungen aus anderer Länder Geld noch etwa gar Hauptstadtsubsidien lassen sich so steigern, daß auf Dauer der Verlust der Bundeshilfe ausgeglichen und auch noch mehr Ausgaben ermöglicht werden. Erst die Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing begann mit der notwendigen Senkung der Ausgaben, vor allem der Personalausgaben.

Für Berlin sorgen vor allem fünf Faktoren für hohe Personalkosten: Erstens wurde in der Zeit der Bundeshilfe der öffentliche Dienst in Berlin (West) bewußt auch zur Arbeitsbeschaffung eingesetzt.

Zweitens kam mit der Wiedervereinigung Berlins viel Personal der ehemaligen Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik hinzu.

Drittens wurde mit dem Berliner Einkommensangleichungsgesetz dafür gesorgt, daß in Berlin als einzigem neuen Bundesland alle Arbeiter und Angestellten im Beitrittsgebiet bereits seit über zehn Jahren 100 % des Einkommens der Arbeiter und Angestellten im alten Bundesgebiet erhalten - in letzter Zeit allerdings minus Anwendungstarifvertrag.

Viertens steigen aus verschiedenen Gründen die Kosten für die Pensionen von Beamten im Ruhestand.

Fünftens hat der Senat in Vereinbarungen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen.

In der Phase der symbolischen Sanierung werden die Personalausgaben nicht gesenkt, sie steigen vielmehr stark an. Mehrmals liegen sie über den veranschlagten Personalausgaben. In der ersten Phase der strukturellen Sanierung wird zwar der Anstieg gestoppt. Dies wird vor allem durch Stellenabbau erreicht. Die geplante schrittweise Senkung der Personalausgaben wird jedoch noch nicht erreicht. Die tatsächlichen Ausgaben überschreiten in den Jahren 1998 bis 2001 die veranschlagten Personalausgaben deutlich.

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hatte nach der Abgeordnetenhauswahl 1995 für das vereinte Berlin einen Personalüberhang von 25.000 Stellen errechnet. Das Haushaltsstrukturgesetz 1996 sah dann vor, allein bis 1999 mindestens 17.300 Stellen einzusparen.

DER LETZTE MACHT DAS LICHT AUS?

Der Stellenabbau war ein zentrales Instrument zur Senkung der Ausgaben. Im Jahr 2005 bezifferte der Senat in der Finanzplanung den erreichten Stellenabbau auf fast 77.000 Stellen. Von über 207.000 Stellen im Jahr 1991 waren demnach im Jahr 2005 im unmittelbaren Landesdienst noch gut 130.000 Stellen übrig. Altersbedingt scheiden bis 2014 etwa 28.000 weitere Mitarbeiter aus. Demgegenüber werden jährlich nur wenige hundert neu eingestellt.

Einen prioritär geordneten Zielstellenplan gibt es leider nicht. Die Mitarbeiter scheiden zumeist altersbedingt dort aus, wo sie eben ausscheiden. Der Zielstellenplan kann sich nicht als Summe fachlicher Wünsche ergeben. Er muß sich an den finanziellen Möglichkeiten ausrichten, auch am Wegfall der nächsten Milliarden durch den Abbau der teilungsbedingten Bundesergänzungszuweisungen.

FEHLENDES KONZEPT ZUR PERSONALENTWICKLUNG

Da es keinen an den Aufgaben ausgerichteten Zielstellenplan gibt, es ist auch schwer, zielgerichtet und zukunftsfest Mitarbeiter durch Personalentwicklung von einem Bereich in den anderen umzulenken. Da es kein solches Personalentwicklungskonzept gibt, gestaltet sich die Arbeit des Zentralen Personalüberhangmanagements schwierig. Es fehlt zudem ein hinreichend mitarbeiterzentriertes Personalentwicklungskonzept.

Der schmale Einstellungskorridor wird sicher noch eine ganze Weile benötigt. Wenn wir schon überwiegend kollektiv vergraisen, dann sollte er wenigstens an einem Zielstellenplan orientiert und schrittweise verbreitert werden.

SANIERUNG DURCH LOHNVERZICHT?

In der zweiten Phase der strukturellen Sanierung kam zum Stellenabbau der Lohnverzicht hinzu. Mit dem Anwendungstarifvertrag und weiteren Maßnahmen bei den Beamten wurde den Mitarbeitern ein Lohnverzicht von durchschnittlich zehn Prozent als Sanierungsbeitrag abverlangt.

Für die Beschäftigten mit einer West-



Guter Lohn für gute Arbeit: Die Beschäftigten der Berliner Stadtreinigungsbetriebe auf dem 1. Mai

Berliner Biographie war in den frühen neunziger Jahren bereits der Abbau der Berlin-Zulage binnen nur vier Jahren auf Null vorangegangen. Zur Erinnerung: Diese betrug 8 % und war steuerfrei. Zwanzig Jahre nach Mauerfall kann zwar keine Berlin-Zulage mehr erwartet werden, der Berlin-Abschlag muß aber auch beendet werden.

Die Bedeutung der Lohnkürzung durch Anwendungstarifvertrag für den Haushalt besteht darin, daß die Ausgabensteigerung durch das Einkommensangleichungsgesetz zeitweilig kompensiert wurde, nicht mehr und nicht weniger. Die Senkung der Personalkosten, die durch die ererbte Stellenzahl überhöht waren und sind, muß jedoch strukturell durch Abbau von Stellen erfolgen, Lohnverzicht kann nur temporär weitere Zeit hierfür zur Verfügung stellen.

Ein paar Zahlen: Nach der Haushalts- und Vermögensrechnung Berlins für das Jahr 2006 hat das Land insgesamt 20,744 Mrd. € ausgegeben, davon in der Hauptgruppe 4 Personal insgesamt 6,343 Mrd. € und davon wiederum 1,778 Mrd. € für Vergütungen der Angestellten und 0,235 Mrd. € für Löhne der Arbeiter.

Wenn es den Anwendungstarifvertrag nicht mehr gibt, steigen demnach grob gerechnet die Ausgaben für Angestellte und Arbeiter ab 2010 schlagartig um rund 200 Mio. € jährlich. Mit dem Auslaufen des Anwendungstarifvertrages ist dann auch über die komplementären Grausamkeiten gegen die Berliner Beamten zu reden. Für diese waren im Jahr 2006 übrigens gut 2,848 Mrd. € ausgegeben worden.

Will man zehn Prozent sparen, dann kann man entweder zehn Prozent aller Löhne oder zehn Prozent der Stellen strei-

chen. Oder andersherum: Will man Mehrausgaben von einigen Prozent, dann verbraucht man damit zunächst die Mehrausgaben durch ausscheidende Angestellte und Arbeiter zumindest teilweise. Neue Schulden sind deswegen nicht zwangsläufig. Stellenabbau und Lohnangleichung sind im Detail und im Zusammenhang zu betrachten, bitte keine Roßtäuschereien.

Im übrigen: Warum nicht gestufte Sockelbeträge, warum nicht gestaffelte Prozente vereinbaren? Warum nicht die Kürzungen nach dem Anwendungstarifvertrag im Effekt früher abflachen und dafür über 2009 hinaus etwas strecken, am frühesten und kürzesten bei den unteren Lohngruppen und Vergütungsgruppen? Wer schnell hilft, hilft doppelt.

WARUM NICHT IM ZUSAMMENHANG ÜBER PERSONAL REDEN?

Wenn der Anwendungstarifvertrag einfach nur ausläuft, sind nicht nur schlagartig 200 Mio. € mehr fällig, dann steht auch die Frage der betriebsbedingten Kündigungen wieder an. Da das altersbedingte Ausscheiden sich ohne Rücksicht auf betriebliche Abläufe vollzieht, sind zwangsläufig an manchen Stellen zuwenig, an anderen zuviel Mitarbeiter vorhanden. Auch an letztere gilt es zu denken.

Am Ende umfassender Gespräche könnte ein Paket stehen, das die Zielstellenzahl, den Einstellungskorridor, den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und stufenweise Lohnangleichungen umfaßt.

Aktuell ermöglichen die konjunkturbedingt gestiegenen Einnahmen ein befristetes Entgegenkommen in diesem Jahr. Wer Geld für eine neue weitere Eissporthalle hat, hat sicher auch Geld für seine Mitarbeiter. Was strukturell fehlt, kann durch Streckung des Lohnverzichts zunächst, durch weiteren Stellenabbau auf Dauer erbracht werden.

Auch einige Versäumnisse des Senators für Finanzen sollten nicht fort dauern. Beispielsweise gilt es, die verbliebenen Subventionen nicht durch eine falsche Definition, sondern in der Realität abzubauen. Dazu sollten endlich auch in unserem Dorf wieder die Einnahmeverzichte wie beim Bund üblich als Subvention begriffen, berechnet und verringert werden. Vielleicht sollte man unseren Finanzhilfenbericht künftig vom Kieler Institut erstellen lassen. Weniger Subventionen ermöglichen nämlich auch mehr Lohn und Gehalt.

SOCKEL ODER PROZENT?

Der Sockelbetrag von 225 € p.a., den der Innensenator zunächst anbot, soll etwa 25 Mio. € p.a. kosten. 225 € würden für mich bedeuten, daß ich weiterhin 11,66 % weni-

Fortsetzung von Seite 10

ger verdiene als vor dem Anwendungstarifvertrag. Wenn ich den Dreisatz richtig gerechnet habe. Wenn nicht, ist es vielleicht das ein oder andere Promillchen mehr oder weniger. Für die um 10 oder 8 % gekürzten Gehälter sind es Promillchen mehr. Es reicht nicht und es reicht wirklich nicht, nur über Prozent oder Sockel zu reden.

VON DER ENTWICKLUNG ABGEKOPPELT?

Berlins Finanzkrise ist nicht zu lösen, indem man auf Dauer den eigenen Leuten weniger zahlt als es der Bund oder die anderen Länder tun, sondern indem man weniger Leute bezahlt als früher. Mehrwertsteuererhöhung, Stromkostensteigerung,

Benzinpreisexlosion, u.v.a.m. müssen auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes und ihren Familien bezahlt werden können. Sie können nicht länger die einzigen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Deutschland sein, denen als Notopfer für Berlin das Einkommen gekürzt und dann auch noch von jeder Entwicklung abgekoppelt festgeschrieben wird.

Lohn kostet nicht nur, manche Menschen müssen davon sich selbst, viele auch ihre Familie ernähren. War das nicht ursprünglich eine gemeinsame Erkenntnis von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten? Vom Lohn als Preis ihrer einzigen Ware, der Arbeitskraft, vernünftig leben können - auch die Beschäftigten in Berlins öffentlichem Dienst, mit ihren Familien,

auch in den unteren Lohngruppen müssen das können. Bei mir wäre es hilfreich, bei den unteren Lohngruppen ist es notwendig, daß jetzt prozentual wahrnehmbar etwas passiert. Unsere Ausgaben sind bereits gestiegen und das nicht nur im Promillebereich.

Hans Willi Weitzen □

Zur Berliner Finanzkrise ausführlicher:

Hans Willi Weitzen „Berlin in der Finanzkrise - Bilanz einer Sanierungsstrategie“, Berliner Wissenschaftsverlag Oktober 2007, ISBN 978-3-8305-1445-9



Arm trotz Arbeit?

Ottmar Schreiner diskutierte in Charlottenburg - SPD und Gewerkschaften im Dialog

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannt sich - und doch können immer mehr Vollzeitbeschäftigte nicht von ihrem Einkommen leben. Zufall oder Folge der Agenda 2010? Dieser Frage gingen am Montag, dem 26.5. rund 80 Besucherinnen und Besucher gemeinsam mit Ottmar Schreiner im "Hotel am Kurfürstendamm" nach.

Neben Ottmar Schreiner (MdB, Bundesvorsitzender der Afa Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) diskutierten auf dem Podium Dieter Scholz, Vorsitzender DGB Berlin-Brandenburg, Dr. Alexandra Wagner, Geschäftsführerin FIA Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt, und Prof. Dr. Bernd Reissert, Rektor der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (HdBA). Auf der gemeinsam von den SPD-Abteilungen City-Westend (73), Neu-Westend (78), Olivaer Platz (93) und der Afa Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf durchgeführten Veranstaltung wurde erörtert, welche Arten von Beschäftigungsverhältnissen vorrangig die Arbeitslosenzahlen reduzieren und welche politischen Strategien die Sozialdemokratie und Gewerkschaften entwickeln müssen, um ein Absinken immer größerer Teile der Arbeitnehmer in unsichere und unterbezahlte Tätigkeiten zu verhindern.

In der Analyse wurde auch von wissenschaftlicher Seite bestätigt, dass Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse ohne die Hartz-Gesetze kaum in dem vorhandenen Umfang die Arbeitswelt prägen könnten. Die Angst der Arbeitnehmer vor einem Abgleiten in Hartz IV, die beinahe gänzliche Abschaffung der Zumutbarkeitsregeln und viele weitere Sozialgesetzbuch II-Regelungen führten zu einer immer weiteren



Diskutierte in Charlottenburg: Ottmar Schreiner.
Foto: Alexander Sempff

Aushöhlung von allgemein verbindlichen Sozial- und Rechtsnormen. Als besonders problematisch wurden auch die 1 €-Jobs angesehen, die zum einen - entgegen dem Gesetz - immer mehr reguläre Arbeit vernichten, zum anderen aber auch den gesellschaftlich anerkannten Wert von Arbeit infrage stellen und so indirekt Lohndumping befördern.

Für Ottmar Schreiner ist klar: Die SGB II-Regelungen sind nicht reformierbar. Es sei ein grundlegendes Umdenken vonnöten - hin zu einer modernen Sozialgesetzgebung und Absicherung. Um ein Zeichen gegen Lohndumping zu setzen, muss zu allererst der öffentliche Sektor auf die 1 €-Jobs verzichten. "Die 1 €-Jobs gehören abgeschafft!", so Ottmar Schreiner.

Natürlich spielte in diesem Zusammenhang die Mindestlohndiskussion eine große Rolle. Auf die Frage, ob Mindestlöhne tatsächlich Arbeitsplätze gefährden, konnte die auf dem Podium vertretene Wissenschaft eine klare Antwort geben. Hier müsse man keine theoretischen Diskussionen

führen, es helfe ganz einfach die Empirie, so Alexandra Wagner: In keinem der europäischen Länder, in denen ein Mindestlohn eingeführt wurde, gab es einen damit zusammenhängenden Arbeitsplatzabbau. Und Prof. Reissert empfahl einen Blick nach Großbritannien, wo Mindestlöhne vorbildlich eingeführt und mittels einer Kommission stets kontrolliert und angepasst würden, ohne dass es zu negativen Auswirkungen auf die Volkswirtschaft komme.

Eine gemeinsame Arbeitsmarkt-Politik zwischen Gewerkschaften und SPD sei nach Ansicht von Dieter Scholz durchaus denkbar. Die von Ottmar Schreiner beschriebene Neuorientierung als Abkehr von den Hartz-Gesetzen sei hierfür natürlich eine wichtige Grundvoraussetzung. Generell wird der Aspekt "Arm trotz Arbeit" beim DGB zukünftig in der öffentlichen Auseinandersetzung eine große Rolle spielen. Dieter Scholz machte darüber hinaus deutlich, dass es trotz aller Differenzen in den letzten Jahren nach wie vor eine große Nähe der meisten Gewerkschafter zur Sozialdemokratie gäbe.

Nach zahlreichen Fragen aus dem Publikum und interessanten ergänzenden Statements auf dem Podium wurde eindrucksvoll deutlich, dass man sich auf jeden Fall seitens der SPD nachhaltig um Änderungen der arbeitsmarktpolitischen Regelungen bemühen müsse, um das System insgesamt wieder sozialer auszugestalten und einer zunehmenden Amerikanisierung des Arbeitsmarktes entgegen zu wirken. Nur so könne verhindert werden, dass immer mehr Menschen trotz Vollbeschäftigung Zusatzleistungen zur Existenzsicherung - was letztendlich einer Lohnsubventionierung durch den Steuerzahler entspräche - benötigen. **Robert Drewnick** □

SPD Schöneberg:

SPD Schöneberg vor 50 Jahren

Andreas Wilcke blickte in alte Jahrgänge des Schöneberger Mitteilungsblatts (Teil 1)

Zur besonderen Information der Mitglieder hat der Kreisvorstand der SPD Schöneberg 1955 beschlossen, vom 1. Januar 1956 an ein eigenes Mitteilungsblatt herauszugeben. Diese sehr interessante Schrift erschien monatlich ohne Pause, umfasste 8 Seiten im Format DIN A 5 und wurde von unserem sehr talentierten Kressekretär Hans Kettner mit Informationen der verschiedensten Art "gefüttert".

Der Kreis Schöneberg verfügte vor 50 Jahren über 12 Abteilungen, 2243 Mitglieder, 19 von 45 Bezirksverordneten und fünf Schöneberger SPD-Abgeordnete. In den ersten elf Monaten des Jahres 1955 waren 89 weibliche und 163 männliche Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Neun der 12 Abteilungen tagten in Lokalen mit Nebenzimmern, zwei Abteilungen in Schulen und eine Abteilung tagte im damaligen Berliner Parteihaus in der Zietenstr. 18. Das Kreisbüro befand sich damals in der Hauptstraße 43, in einer Villa standen zwei Räume in der ersten Etage zur Verfügung. Hier fanden auch auf sehr beengtem Raum die Kreisvorstandssitzungen statt.

VIELE PERSÖNLICHE KONTAKTE

Das Büro wurde von zwei hauptamtlichen, politischen Angestellten betreut. Geöffnet war das Kreisbüro Mo., Mi., Do., Fr. von 8 - 17 Uhr, Di. von 8 - 19 Uhr und jeden Sonnabend von 8 - 12 Uhr. In jeder Abteilung gab es 10 - 25 Unterkassierer, die nicht nur in den Abteilungsverksammlungen, sondern auch in den Wohnhäusern die Mitglieder abkassierten und sie mit Informationen versorgten. Zu jeder normalen Mitgliederversammlung der Abteilung kamen ca. 20 bis 25 Prozent der Mitglieder. Bei Jahresversammlungen mit Neuwahlen waren oft ein Drittel und mehr aller Mitglieder anwesend.

Jeden Dienstag von 17 - 19 Uhr war im Kreisbüro Kassierersprechstunde, und dann gab es auch noch Mitgliedsbuchkontrollen, bei denen die ordnungsgemäße Beitragszahlung geprüft wurde. Die monatlichen Pflichtbeiträge für Mitglieder ohne eigenes Einkommen, Erwerbslose, Invalide und Rentner mit kleinem Einkommen betragen 60 Pfennig, bei Brutto-Monats-einkommen bis 300,- DM musste man 1,20 DM zahlen, bei 301 - 350 DM waren es 1,80 DM. Die weitere Staffel: 351 - 400 DM = 2,40 DM, 401 - 500 DM = 3,60 DM, 501 - 600 DM = 6,- DM. Der Höchstbeitrag bei Einkommen über 1.200 DM lag bei 36 DM.



Andreas Wilcke - hier vor einer Karte der früheren Schöneberger Abteilungsgrenzen - war lange Jahre Bezirksverordneter in Schöneberg, er war Abteilungsvorsitzender, Mitglied des Kreisvorstands und engagiert sich heute in der Arbeitsgemeinschaft 6oplus. Foto: Horb

Im Mitteilungsblatt wurden nicht nur alle SPD-Veranstaltungen der Abteilungen und des Kreises veröffentlicht, es wurde auch auf das ganz große Geschehen in der Welt eingegangen. So waren zum Beispiel der Abwurf der Atombombe am 6. August 1945 auf Hiroshima und die dadurch einge-

tretenen grauenhaften Nachwirkungen auf die Menschheit auch zehn Jahre danach ein wichtiges Thema.

Im Mai 1957 wurde von der Regierung Adenauer und Strauß die atomare Bewaffnung der Bundeswehr geplant. Dies führte dazu, daß es die Göttinger Erklärung von 18 deutschen Atomwissenschaftlern gab, die sich verpflichtet fühlten, auf die großen Gefahren der Atombomben öffentlich hinzuweisen. Infolge dieser Aktion gab es den "Berliner Appell gegen den Atomtod", und am 3. Juni 1958 wurde im Lokal "Ilena" in der Ebersstraße ein Arbeitsausschuß unter Vorsitz eines Pfarrers gebildet, in dem bekannte Sozialdemokraten aus Schöneberg vertreten waren.

Die Informationen vom Kaiserlich-Japanischen Institut für Atomforschung in Sachen Hiroshima, die Göttinger Erklärung und der Berliner Appell gegen den Atomtod wurden im Mitteilungsblatt der Schöneberger SPD veröffentlicht. In dem Appell wurde u.a. darauf hingewiesen, daß es gegen Atomwaffen keinen Schutz gibt. Ein Thema, das auch heute noch von Bedeutung ist.

Natürlich gab es schon damals eine Vielzahl von Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen, die sich regelmäßig trafen. Da waren „Politische Flüchtlinge“, "Selbständig Schaffende", Arbeiter-Wohlfahrt, Frauen, Jungsozialisten, DGB, der Arbeitskreis sozialdemokratischer Polizeiangehöriger, Zusammenkünfte sozialdemokratischer Sportler. Und auch die Elternvertreter waren zur Bildung eines Arbeitskreises aufgerufen. Öffentliche Sprechstunden wurde für politische Flüchtlinge angeboten oder zum Thema Lastenausgleich. Es gab Rechtsauskünfte, eine wöchentliche Beratung zu Rentenfragen oder eine Beratung der AWO.

Andreas Wilcke □

Fortsetzung nächste Ausgabe



**Berliner
Appell
gegen
den
Atomtod**

Berlin kann nicht schweigen, wenn um Schicksalsfragen unseres Volkes gerungen wird:

Wir vertrauen auf die Sicherheitsgarantien für Berlin und wissen uns frei von jeder Neigung zur Panik. Wir wollen keine einseitige Schwächung, die Freiheit und Frieden bedrohen würde.

Aber auch wir in Berlin müssen wissen, daß die Sicherheit nicht erhöht, sondern daß sie tödlich gefährdet wird, je mehr Völker und Gebiete in das atomare Wettrüsten einbezogen werden.

Der Menschheit droht sicherer Untergang, wenn es nicht gelingt, den Wettlauf der modernen Massenzerstörungsmittel zu beenden. Das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze wäre im Falle eines Atomkrieges der Vernichtung ausgeliefert. Gegen Atomwaffen gibt es keinen Schutz.

POST AN DIE BERLINER STIMME: MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN, MAIL: BERLINER.STIMME@SPD.DE

ZU WENIG KRITISCHE
MEINUNGEN

„Es ist ein Punkt erreicht, der uns zum Widerstand zwingt!“ hat der einstige CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel einmal gesagt. Nicht, dass ich ihn besonders gemocht habe, aber ich denke, es ist an der Zeit, der SPD und den Verantwortlichen der Berliner Stimme zu sagen: So geht das nicht weiter!

Die Berliner Stimme war eine spannende Zeitung. Heute ist sie ein eher dürftig aufgemachtes Kopierpapier mit wenig kritischen Meinungen. Die „Stimme“ wird zur Einheitsäußerung in einer Partei, die immer lebendig und auch selbstkritisch war. Was ich lese ist überhaupt nicht geeignet, die Vielzahl der Meinungen der Mitglieder der SPD abzubilden. Ich empfinde die Texte als fürchterlich einseitig und zum Teil banal. Schauen Sie sich beispielsweise noch die Ausgaben von 2000 an. Sie werden die Zeitung nicht wiedererkennen. Macht die Berliner Stimme wieder zu einem Forum mit Qualität der Inhalte und auch Aufmachung.

Ich bin entsetzt über führende Persönlichkeiten der Partei. Lassen Sie mich in Erinnerung rufen, was ein Mitglied der Par-

tei, Herr Sarrazin, sich in den letzten Monaten hat einfallen lassen: Kindergeld erst ab dem dritten Kind! Hinreichende tägliche Ernährung mit 4 Euro und ein paar Zerquetschte für eine Hartz-IV-Familie. Gleichzeitig erdreistet er sich, bei den Verhandlungen im öffentlichen Dienst unerträglich geringe Angebote zu machen, die Gewerkschaft zu düpieren und die Berliner leichtfertig in einen neuen Streik zu führen. Ich kann nur an den Genossen Sarrazin appellieren, seine Funktion im Sinne eines Parteigenossen zu erfüllen. Er sollte aufhören, von zentralen Positionen der SPD abzurücken und begreifen, dass seine Äußerungen und sein Verhalten bei der nächsten Wahl bestraft werden.

Die Ignoranz vor einer steigenden Armut in Deutschland und vor allem in Berlin, ist eine Schande für die SPD und die, die meinen, die SPD und ihre Mitglieder hinlänglich vertreten zu wollen. Nein, ich stelle fest, die Personen, die das Parteibuch formal tragen, haben sich überhaupt nicht mehr mit den Wurzeln der Partei beschäftigt. Ich denke es ist an der Zeit, dass alle von ihrem hohen Ross runterkommen und sich einmal in den U- und S-Bahnen die Armut und soziale Trostlosigkeit anschauen und auch einmal in die „Suppenküche“ gehen.

Die Wirklichkeit ist die wachsende Armut, vor allem Kinderarmut. Wer das nicht begreift, der hat als öffentlicher Tätigkeitstyp nichts in verantwortungsvollen Positionen zu suchen. Schon gar nicht als SPD Mitglied.

Wir sind auch nicht gerade gut aufgestellt was die Bundespolitik betrifft. Ich halte die Position der Bundespartei für problematisch, wenn einerseits der Bundesvorsitzende in meinen Augen angeschlagen ist und andererseits Vorschläge zur Teilprivatisierung der Bahn von ihm unterbreitet werden. Was aus Privatisierung entstanden ist, das wissen wir alle, wenn es um die Energieversorgung geht. Da hat auch der Senat geschlafen. Das Kapital wird Abhängige immer ausquetschen, das ist doch rational.

Sollte sich die SPD in den nächsten Monaten und Jahren nicht endlich inhaltlich, personell und nachhaltig programmatisch ändern, dann befürchte ich, dass wir durch das Unvermögen der eigenen Kräfte den Linken weiteres Potential überlassen. Ich befürchte, wir sind selbst schuld, wenn sich die Linke immer weiter entwickelt. Für mich hat die SPD an Charisma, Intelligenz und Zuwendung zu den Problemen der Bürgerinnen und Bürger verloren.

Prof. Dr. Hans-Peter Kraft □

GEBURTSTAGE

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

„Gewissen unserer Partei“

Heike Stock zum Tod von Romuin Reich

Romuin Reich ist tot. Sein Tod schockiert uns in der Ku'Damm-Abteilung in Charlottenburg-Wilmersdorf, denn er kam so plötzlich und unerwartet. Keiner kann und mag sich richtig vorstellen, wie unsere politische Arbeit ohne Romuin gehen soll. Denn Romuin war eine politische Instanz, wenn nicht sogar so etwas wie unser sozialdemokratisches Gewissen.

Als unser langjähriger Abteilungsvorsitzender, als stellvertretender Kreisvorsitzender und als Vorsitzender der Antragskommission unseres Kreises hat sich Romuin immer als fairer, versierter und humorvoller Gesprächspartner erwiesen. Dabei vermochte es gerade Romuin, komplizierte und auch kontroverse politische Debatten geschickt auf den Punkt zu bringen und unsere politischen Forderungen und Ziele in die richtigen Worte zu setzen, so dass sie als Antrag erfolgreich wurden.

Als langjähriger Vorsitzender der Grundwertekommission unseres Kreises lud Romuin immer zu sich nach Hause in die Mommsenstraße ein. Dort wurde dann seine Küche zur politischen Denkfabrik, neudeutsch vielleicht zu einem Think tank. Bei Leberwurst- und Käseschnitten und einem guten Vin rouge als Romuins Hommage an seine große Liebe zu Frankreichs Süden, wurden politische Strategien zu den verschiedensten Themen entwickelt. Das konnte darin gipfeln, dass ein völlig neuer Gegenentwurf zum offiziellen Leit Antrag zum Adlershofer Parteitag geschrieben wurde, worüber der Landesvorsitzende damals nun wirklich „not amused“ war und

was die Grundwertekommission unter Romuins Leitung auch über unsere Kreisgrenzen hinaus bekannt machte. Auch die Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms machte uns sehr umtriebig, denn Romuin mahnt zu Recht die Wahrung der sozialdemokratischen Grundwerte an. Das langfristige Ziel des demokratischen Sozialismus, hat er nie aus den Augen verloren, denn Romuin hat SPD-Politik immer als linke Politik für die abhängig Beschäftigten und Schwächeren in unserer Gesellschaft verstanden.

Romuin war ein engagierter Kämpfer für Toleranz, Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Chancengleichheit im Bildungs- und Hochschulsektor war für Romuin ein wichtiger Grundsatz sozialdemokratischer Politik. Kompromisslos kämpfte er gegen alle Bestrebungen, an den Berliner Universitäten und Hochschulen eine Studiengebühr einzuführen. Dabei konnten wir zum Einen auf sein Wissen als Experte für Bildungs- und Hochschulpolitik, als stellvertretender Vorsitzender des Fachausschusses „Stadt des Wissens“ und als aktives Mitglied in der GEW Berlin und der GEW Bund bauen. Zum Anderen blickte Romuin immer über den Tellerrand hinaus und war mit seinem inspirierenden, manchmal kritischen Geist uns in der Diskussion voraus.

Romuin gehörte zu den Genossen, die immer da sind, wenn man sie braucht, obwohl seine Zeit sehr stark begrenzt war und er sich nie aufgedrängt hat. So fragte er bei seiner Nominierung zum Kreisdelegierten bei unserer Abteilungswahlen im April ob wir ihn denn noch brauchen wür-

den – natürlich brauchten wir Romuin und wir haben ihn gewählt. Jetzt müssen wir ohne Romuin zurecht kommen, denn wir haben einen guten Genossen und einen sehr guten Freund verloren. Er wird in unserer Erinnerung lebendig bleiben.

Heike Stock □

T RAUER

Wir trauern um:

Klaus Radzko, geb. 24.7.1934, Abt. Schillerpark, Mitgl. s. März 1995; **Artur Kind**, geb. 29.12.1930, Abt. Halensee, Mitgl. s. März 1952; **Peter Schunk**, geb. 25.4.1942, Abt. Seenplatte, Mitgl. s. Jan. 1971; **Peter Kucharski**, geb. 1.2.1935, Abte. 02/08 Luisenstadt, Mitgl. s. Januar 1961; **Ingeborg Schulz**, geb. 4.5.1921, Abt. 01/09 Panke-Kiez, Mitgl. s. März 1975; **Monika Seeger**, geb. 11.11.1948, Abt. 45-Südstern, Mitgl. s. Feb. 1984,

G EDENKEN

Vor 130 Jahren: 11. Juni 1878 Anna Aufhäuser (geb. Stein) in Berlin geboren (+Schwarzwald 19.10.1960). SPD-Mitglied seit 1904, jahrzehntelang in der AWO aktiv. Beigesetzt ist sie mit ihrem Mann Siegfried (Begründer der Angestelltengewerkschaften, Ehrenvorsitzender der DAG, SPD-MdR) auf dem jüdischen Friedhof in Freiburg im Breisgau, Elsässer Straße Ecke Rosbaumweg.

Ein Vorbild als Kommunalpolitiker

Sascha Braun: Nachruf zum Tode von Dr. Diethard Rüter

Was bleibt nach dem Tod eines Menschen? Für jeden von uns sicherlich in der Erinnerung an den Verstorbenen etwas anderes. Aber in der Verbindung aller Erinnerungen verbleibt der Mensch als Ganzes, das ist tröstlich.

Erinnere ich mich zurück an Diethard Rüter so ist mir in besonderer Weise seine tiefe, sonore und warme Stimme präsent. Wenn Diethard ans Mikrofon trat, dann musste man ihm einfach zuhören. Nicht nur wegen der klugen Gedanken, die er stets äußerte, sondern er faszinierte durch seine besondere Stimme.

Er war sich der Wirkung seiner Stimme bewusst, wie er mir mal erzählte, er verließ sich auch auf sie, aber er setzte sie niemals

inhaltsleer ein. Diethard Rüter war eben kein Demagoge, wenngleich er über sehr viel rhetorisches Talent verfügte, er war ein ehrlicher, sachorientierter Politiker.

Diethard Rüter gab unserer Partei außerordentlich viel. Er war zu Beginn der 70er Jahre Mitglied der SPD-Fraktion Reinickendorf, er wurde ihr Vorsitzender und in den 80er Jahren war Diethard Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Auch dort schätzte man seinen kenntnisreichen Sachverstand, der eben verbunden war mit der besonderen Fähigkeit zur politischen Argumentation. Von 1989 bis 1999 war Diethard Rüter Bezirksstadtrat in Reinickendorf, zuständig für Volksbildung, später für Bauwesen. Und selbstverständ-

lich war Diethard Rüter in einer heute kaum mehr erlebbaren Präsenz Teil des Parteilebens, vor allem in seiner Abteilung Tegel. Man darf in getrost „Urgestein der Tegeler SPD“ nennen.

Für mich war Diethard Rüter, mit dem ich gemeinsam mit Bernd Schimmler, in den Jahren 2001 bis 2005 eine Rechtsanwaltskanzlei betrieb, ein Kommunalpolitiker mit Vorbildcharakter. Jedem zuhören, jeden Menschen ernst nehmen und den vorgetragenen Sorgen und Nöten nachgehen sowie Hilfestellung bei Problemen geben, das lebte Dr. Diethard Rüter jeden Tag seines Lebens. Wir haben einen guten Sozialdemokraten und einen feinen Menschen verloren.

Sascha Braun □

Bundestagsfraktion vor Ort:

Olaf Scholz diskutiert über „Gute Arbeit in Europa“

Gerade für die Bundesrepublik Deutschland ist die wirtschaftliche und politische Integration Europas besonders wichtig. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion im April dem Vertrag von Lissabon zugestimmt. Wie nun das soziale Europa ausgestaltet werden muss, darüber diskutiert Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am 18.

Juni auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Klaus Uwe Benneter

Für die Bundestagsfraktion gilt: Sie will kein Lohndumping und keinen Abbau sozialer Standards, sondern eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Teilen Europas! Klar ist für sie daher auch: Der Ausbau der sozialen Dimension Europas und die Durchsetzung der Arbeitneh-

merinteressen ist ohne den Einsatz starker Gewerkschaften nicht möglich. Ohne eine europäisch geregelte Mitbestimmung kann es kein soziales Europa geben! **PM** ☐
 ➔ Mittwoch, 18.06.2008, 19:00 Uhr, Rathaus Steglitz, Raum 301 (Alter BVV-Saal), Schloßstraße 37, 12163 Berlin

T ERMIN E

■ SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. City, **Traditionelles Stadtteilfest auf dem Viktoria-Luise-Platz**, mit Spielen für Kinder, Essen und Trinken, Trödel, Live Musik und Politik, Samstag, 7. Juni, 15.00 bis 19.00 Uhr, 10777 Berlin

■ SPD Spandau, **„Begegnung schaffen – Zukunft sichern, Dialog der Religionen“**. Ganztägiges Symposium mit Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer, Swen Schulz (MdB) und Raed Saleh (MdA), Samstag, 7. Juni, von 10.00 – ca. 16.00 Uhr, Interkulturelles Zentrum „Gemischtes“ des Gemeinwesenvereins Heerstr. Nord e. V., Sandstraße 41, 13593 Berlin

■ SPD Fraktion Treptow-Köpenick, **Politischer Frühschoppen: Gesundheitspolitik**, mit Bürgermeisterin und Gesundheitssenatorin a. D. Gabriele Schöttler und MdA Ellen Haußdörfer, Sonntag, 8. Juni, 10 Uhr, Ratskeller Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin

■ SPD Pankow - AG 60plus, **Wir und die SPD - unser Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit!** mit Wolfgang Thierse, MdB und Vizepräsident des Bundestages, Montag, 9. Juni, um 15.00 Uhr, SPD Kreisbüro, Berliner Str. 30, 13189 Berlin

■ SPD Spandau - Swen Schulz, **Besuch des Olympiastadions am 9. Juni**, Montag, 9. Juni, von 17.00 bis 18.30 Uhr, Treffpunkt: 16.45 Uhr am Osttor, Olympischer Platz 3, 14053 Berlin

■ ASJ Berlin, **Stammtisch**, Mittwoch, 11. Juni 2008, ab 19.30 Uhr, Restaurant 'Glocke', Mecklenburgische Straße 14 / Ecke Wallenbergsstraße, 10713 Berlin

■ Petra Merkel, MdB, **Theaterbesuch** mit Petra Merkel: Tiergartenstraße 4, Freitag, 13. Juni, um 20.00 Uhr, Tribüne, am Ernst-Reuter-Platz, 10587 Berlin

■ SPD Mitte, **Städtebauliche Rundfahrt zum Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof** mit den Abgeordneten Bruni Wildenhein-Lauterbach und Ralf Wieland unter fachkundiger Führung, Samstag, 14. Juni 2008, um 10.00 Uhr Abfahrt (Ende ca. 13.00 Uhr), Treffpunkt Rathaus Wedding, Altbau Kosten 3,50 €, Karten Tel 4692-130 oder reservieren per mail mitte@spd-berlin.de

■ SPD + 60plus Steglitz-Zehlendorf, **Leben in**

Würde - bis zuletzt. Sterbebegleitung oder Sterbehilfe? mit Jürgen Heise, Präsidiumsmitglied der Deutschen Gesellschaft für humanes Sterben, Jutta Schnitzer, Berlin, Vorsitzende des Hospizdienstes Christophorus e. V., Dienstag, 17. Juni 2008, um 19.00 Uhr, Bürgertreffpunkt S-Bhf Lichterfelde West, Hans-Sachs-Straße, Fahrverbindung: S-Bahn S 1, Bahnhof Lichterfelde West

■ Fachausschuss Verkehr, Masterplan Güterverkehr und Logistik für Deutschland: **Wo steht der Logistikstandort Berlin Brandenburg?** Information und Diskussion mit Prof. Dr. Ludger Wilken, Mittwoch, 18. Juni 2008, um 17.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ SPD Steglitz-Zehlendorf und Klaus Uwe Benneter, **Gute Arbeit in Europa - Perspektiven der Arbeits- und Sozialpolitik nach der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon**, Diskussion mit Klaus Uwe Benneter, MdB, und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, MdB, Mittwoch, 18. Juni 2008, um 19.00 Uhr, Rathaus Steglitz, Raum 301, Schloßstraße 37

■ SPD Berlin, **Landesparteitag der Berliner SPD**, Sonnabend, 21. Juni 2008, um 9.00 Uhr BCC - Berliner Congress Centrum, Alexanderstr. 11

■ SPD Neukölln, **Antifaschistischer Rundgang der SPD Hufeisensiedlung durch Britz aus Anlass des 75. Jahrestags des Verbots der SPD**, Sonntag, 22. Juni 2008, um 11.00 Uhr, Anton-Schmaus-Haus, Gutschmidtstraße, 12359 Berlin, Anmeldungen bis zum 20. Juni bei Beate Augustin, Tel. 601 76 26

■ Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, **Rente mit 67 und Pflegereform - was bringen sie Menschen mit Behinderung?** Referentin: Mechthild Rawert, MdB, Mittwoch, 25. Juni 2008, um 16.30 Uhr, AWO Landesverband, Blücherstr. 62, 10961 Berlin (Erdgeschoss)

■ SPD Mitte - Abt. **Brunnenviertel, Kultur-Sommerfest**, Kulturelles Programm für Jung und Alt mit Musik und Töpferkursen, Hüpfburg und Glücksrad, Samstag, 28. Juni 2008, von 14.00 bis 20.00 Uhr, Stralsunder Straße - von der Brunnenstraße bis zur Wolgaster Straße

S PRECHSTUNDEN

■ **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.

■ **DETLEF DZEMBRIITZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de. Nächste Termine: Freitag, 20. Juni, 15 bis 17 Uhr

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de Nächster Termin: Freitag, 13. Juni 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr, Freitag, 11. Juli 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr,

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, **Neues Büro:** Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termine: Donnerstag, 12. Juni 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr, Donnerstag, 3. Juli 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr

-- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015, Nächster Termin: Dienstag, den 10.06.08 - 15.00 bis 17.00 Uhr

■ **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de

-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.

■ **DR. DITMAR STAFFELT**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 687 20 83

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Ausstellung:

Antisemitismus in der DDR?

Jugendliche setzen sich mit einem Tabuthema auseinander

Eine Wanderausstellung zu Antisemitismus in der DDR macht im Juni Station im Rathaus Schöneberg.

„Das hat's bei uns nicht gegeben!“ ist der Titel der Ausstellung, die bis zum 20. Juni im Foyer des Rathauses zu sehen ist. 76 Jugendliche aus 8 ostdeutschen Städten und Ost-Berliner Bezirken, die selbst noch nicht oder gerade geboren sind als die Mauer fiel, haben sich die Bearbeitung von Geschichte vorgenommen.

Dazu gibt es aktuelle Anlässe: die erschreckenden Bilder und Parolen von jugendlichen Fußball-Fans ihrer Altersgruppe, die Selbstinszenierungen dieser Gruppen, die Schmierereien und Zerstörungen, vor allem aber auch die direkten verbalen und auch physischen Angriffe auf andere Menschen. Die Attackierten sind alle, die sie zu „Un-Deutschen“ erklären: Ausländer, Juden, Homosexuelle oder Obdachlose.

Es reicht nicht, zu erklären, dass diese Jugendlichen, überwiegend aus Familien kommen, die sich durch die Entwicklungen der letzten Jahre selbst zu Deklassierten gemacht fühlen.

Es reicht nicht, die hohe Jugendarbeitslo-

sigkeit in vielen Regionen der ehemaligen DDR statistisch festzustellen und die daraus erwachsende Perspektivlosigkeit: Man muss danach fragen, wie kommen diese Motive in diese jungen Köpfe nun mehr in der 3. Generation?

Die Jugendlichen, die die Dokumente und Hintergründe für diese Ausstellung recherchiert und zusammengetragen haben und dabei fachkundige Unterstützung gefunden haben, haben sich einem Tabuthema gewidmet.

Zwar gibt es inzwischen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema Antisemitismus in der DDR, aber in der öffentlichen Meinung und damit im „kollektiven Gedächtnis“ sind diese Tatsachen noch nicht angekommen: Es gibt und gab ihrer Überzeugung nach eine Kontinuität, weil eine breite Auseinandersetzung über die überkommene Haltung aus der Nazi-Zeit nicht stattgefunden hat. **PM/BS** □

➔ Foyer Rathaus Schöneberg, John-F. Kennedy-Platz, 10825 Berlin, bis 20.06.08, Montag bis Freitag von 10.00-18.00 Uhr, Eintritt frei

KULTURTIPPS

World Press Photo. Seit über 50 Jahren prämiert der World Press Photo Award die besten und eindrucksvollsten Fotos des zurückliegenden Jahres, ausgewählt von einer internationalen Jury. Die Ausstellung zeigt auch in diesem Jahr wieder ergreifende und eindringliche Bilder, die die Geschehnisse des vergangenen Jahres Revue passieren lassen. Zum „WORLD PRESS PHOTO des Jahres 2007“ wurde eine Farbfotografie des britischen Fotojournalisten Tim Hetherington gewählt. Es zeigt einen US-amerikanischen Soldaten, der an einen Bunker lehnt. Erschöpft hält er sich die rechte Hand vor sein Gesicht. Das Foto wurde im Korengal-Tal in Afghanistan aufgenommen, zum Zeitpunkt der Aufnahme tobten in der Region heftige Gefechte. Der jährliche WORLD PRESS PHOTO Award ist der weltweit größte und anerkannteste Wettbewerb für Pressefotografie. In diesem Jahr wurden die besten Pressefotos aus 80.536 Fotografien ausgewählt, die von 5.019 Fotografen aus 125 Ländern kamen. □

➔ Die Ausstellung ist bis 22. Juni 2008 im Willy-Brandt-Haus zu sehen. Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich.

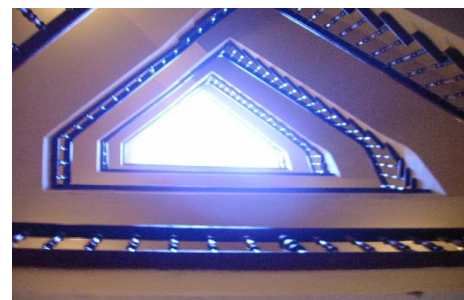
Wieder 48 Stunden

20. bis 22. Juni: Neukölln wird zum Kulturzentrum der Stadt

In der Warthestraße 49 erwartet den Besucher eine Performance in einem außergewöhnlichen Treppenhaus, das wie eine überdimensional große Wendeltreppe angelegt ist und von einem Glasdach überspannt wird. Auf geräumigen Galerien, die wie Theateremporen anmuten, wird die Komponistin und Musikerin Veronika Otto (Cello und Gesang) die eigens für diesen Anlass entwickelte Komposition „Trepp auf Trepp up“ zur Aufführung bringen.

Eins von zahlreichen Projekten des 10. Kunst- und Kulturfestivals „48 STUNDEN NEUKÖLLN“ vom 20. bis 22. Juni.

Treppenhausspiele ist ein Experiment, in das die Bewohner des Hauses mit eingebunden werden. Viele andere Theater-Kunst- und Musikaufführungen werden wieder zahlreiche Besucher in den Bezirk locken. Die 48 STUNDEN NEUKÖLLN werden vom Kulturnetzwerk Neukölln e.V. organisiert und kommuniziert. Das Bezirksamt Neukölln stellt die Grundfinanzie-



Spielort Treppenhaus. Foto: Rocco Rossbach

rung sicher, zahlreiche Sponsoren unterstützen das Projekt. **BS** □

➔ Programm unter www.48-stunden-neukoelln.de, Tel. 68 24 78 21.